

"Der Begriff Fortschritt in unterschiedlichen Kulturen"

Ein Kooperationsprojekt des Goethe-Instituts und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

www.goethe.de/fortschritt

Hans Joachim Kujath

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Erkner)

Fortschritt: Die Innovations- und Reformdebatte im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft (Thesen).

1. Fortschrittsdiskussion im Übergang zur Wissensgesellschaft

Dem europäischen Fortschrittsbegriff liegt der aufklärerische Gedanke zugrunde, dass die Entwicklungsgeschichte des Menschen und seines Lebens eine Entwicklung zum „Besseren“ bedeutet, woraus sich dann auch Weltentwürfe von der Verbesserungsfähigkeit der Welt (Sozialismus und Kommunismus aber auch die eher pragmatischen Modelle der sozialen Marktwirtschaft) ableiten. Diesem positiv besetzten Fortschrittsglauben ist in Deutschland spätestens seit den 80er Jahren eine breite Fortschrittsskepsis gewichen. Wir werden gewahr, dass keines dieser Gesellschaftsmodelle trägt (gesellschaftliche Krisen des 20. Jahrhundert, Wachstumskrise auch der industriegesellschaftlich verankerten sozialen Marktwirtschaft), dass technischer Fortschritt Nebenwirkungen mit unübersehbaren ökologischen Konsequenzen oder ambivalenten sozialen Wirkungen erzeugen kann. Unsere zunehmend distanzierte Haltung zum Fortschrittsbegriff kommt schon darin zum Ausdruck, dass wir uns intensiver mit der Technikfolgeabschätzung beschäftigen oder jeden gesellschaftlichen Reformschritt hinsichtlich seiner Wirkungen und Nebenwirkungen zu evaluieren bemüht sind (policy assessment) , bevor wir ihn umsetzen.

Immer häufiger schlägt die Fortschrittsskepsis auch in eine Fortschrittsblockade um und verhindert so einen produktiven, d.h. durchaus auch fortschrittskritischen Umgang mit den gegenwärtigen Herausforderungen. Ein produktiver Umgang scheint mir mehr denn je gefordert, denn der von uns bisher kaum kontrollierte und zu kontrollierende *Übergang unserer Gesellschaft von der Industrie- zur Wissensgesellschaft* innerhalb eines neuen globalen Kontextes geht an die Wurzeln unseres industriebasierten Wohlfahrtssystems, seiner Organisationsstrukturen, seiner Regeln und seines Wertesystems. Die Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen Innovations- und Reformdebatte scheinen mir in ihrem Kern nichts anderes als der Versuch zu sein, sich einerseits den wissenschaftsgesellschaftlichen Transformationen, die sich in einer zunehmenden Durchdringung der Gesellschaft mit professionellem Wissen ma-

nifestieren, anzupassen. Andererseits kommt darin aber auch zum Ausdruck, dass der (kritische) Fortschrittsbegriff selbst neu durchdacht werden muß, d.h, dass in ihm berücksichtigt werden muß, dass alle gesellschaftlichen Operationen inzwischen so von wissensabhängigen Operationen geprägt werden, dass Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme gegenüber anderen Faktoren der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorrangig werden. Es ist verständlich, dass derartige Umwälzungen auch Ängste auslösen, zumal sie nicht nur unsere Denkstrukturen und Wertesysteme grundlegend verändern, sondern auch weitgehende materielle Unsicherheiten für viele Menschen mit sich bringen.

In der diesen Wandel reflektierenden neueren Fortschrittsdiskussion ist das Zusammenwirken von drei verschiedener Ebenen zu berücksichtigen.

- Die Ebene des sozioökonomischen Wandels: Was heißt dies für die Reorganisation der wirtschaftlichen Beziehungen, die Qualifikationsanforderungen an die Menschen, die Organisation der Arbeitswelt und die Entwicklung von sozialer Ungleichheit? Schließlich, wie wirkt die Globalisierung und Europäisierung der wirtschaftlichen Zusammenhänge auf die europäischen Volkswirtschaften und deren Wettbewerbsfähigkeit?
- Die Ebene der sozialen Infrastrukturen (Wohlfahrtsmodell): Das bisherige industriegesellschaftliche Modell der sozialen Marktwirtschaft, aus der Krise der 30er Jahre geboren, versprach stetiges wirtschaftliches Wachstum durch Industrieproduktion mit gerechter Verteilung des Wohlstands zu verbinden. Es versprach gleichzeitig übrigens auch, Wachstum und Ausgleich im Raum, d.h. Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen der BRD herzustellen. Welche Folgen hat der Übergang zur Wissensgesellschaft für diese Systeme, wie sieht der Reformbedarf aus?
- Die Ebene der Werthaltungen: Schließlich sind die Veränderungen in Werthaltungen und Leitbildern zu diskutieren. Wie unterscheiden sie sich von den industriegesellschaftlichen und inwieweit setzen sie sich in der Gesellschaft durch? Wirken die überkommenen Anschauungen als retardierendes Moment des Wandels?

2. Fortschritt als Erneuerung des sozioökonomischen Systems

Betrachten wir den Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft näher, sind drei Faktoren hervorzuheben, die den Fortschritt und die Erneuerung des sozioökonomischen Systems prägen: Eine generelle Neubewertung des Wissens und des „intellektuellen Kapitals“; die Veränderung der Arbeitsorganisation und der institutionellen Strukturen (das Management der Wissensarbeit); die damit verknüpfte Transformation der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen.

- Wissen wird zur kritischen Ressource. Es bekommt seinen Wert als Technologie, Produktionsverfahren und nicht zuletzt als Wissens/Informationsprodukt, das auf Märkte ge-

handelt wird. Wissen durchdringt aber nicht nur unser ökonomisches und soziales System, sondern ist an die Individuen als Träger und Inhaber von Wissen gebunden, genauer: an Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Es wird zugleich im Alltag von immer mehr Menschen beherrscht. Die Entwicklung und Nutzung von Wissen verlangt Lernbereitschaft und Innovationsfähigkeit. Wissen ist eine flüchtige Ressource, die die Wissensgesellschaft unter einem ständigen Druck setzt, wissensbasierte Güter mit hohem Neuigkeitsgehalt zu kreieren, in der Hoffnung, so die eigene Stellung zumindest für eine gewisse Periode innerhalb des globalen Wettbewerbs abzusichern. Professionelles Wissen hat heute nur noch eine Halbwertszeit von 3 bis 5 Jahren, während in früheren Epochen einmal erworbenes Wissen oft ein ganzes Leben oder sogar mehrere Generationen lang gültig war. Nur solange das Streben nach Aufrechterhaltung von Wissensvorsprüngen nicht erlahmt, können Firmen und Wissensarbeiter ihre Innovationsfähigkeit für neuartige Produkte und Produktionsverfahren erhalten und ihren Vorsprung im globalen Wettbewerb behaupten. Darin steckt eine, gegenüber der Industriegesellschaft zwangsläufig völlig veränderte Fortschrittssicht: Waren in der Industriegesellschaft Arbeit und Kapital die Träger des ökonomischen Fortschritts, sind es nun vor allem die Wissensressourcen und das Humankapital. Auch der im alten Fortschrittsbegriff enthaltene Glaube an die zentrale Planbarkeit des sozio-ökonomischen Systems zerbricht in der Wissensgesellschaft. Vielmehr ergibt sich der sozio-ökonomische Wandel aus einer Vielzahl individueller Aktivitäten zusammen, die zu einem guten Teil auf Märkten wirksam werden. Beschleunigung oder Eingrenzung dieses Wandels kann nur an den institutionellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen, nicht aber am sozio-ökonomischen System und seinen Akteuren selbst ansetzen, ohne es zu gefährden.

- Arbeit und Arbeitsbeziehungen verändern in der Wissensgesellschaft ihren Charakter grundlegend. In dem Maße wie wissensbasierte Dienstleistungen und intelligente Produkte an die Stelle der industriellen Massenproduktion treten, wird die hierarchisierte, tayloristische Arbeit in Großorganisationen durch prekäre kooperative Strukturen von Wissensarbeitern und durch (zeitweilige) Projektnetzwerke ersetzt. Gefragt sind intelligente Netzwerk-Organisationen, in denen auf allen Ebenen verteiltes Wissen koordiniert und zu neuen Produkten gebündelt werden kann. Regelarbeitszeiten und ein Berufsleben lang dauernde Bindungen an einen Betrieb, ebenso wie das Versprechen, jedem ein Normalarbeitsverhältnis anbieten zu können, sind in den dynamischen Arbeitssystemen der Wissensgesellschaft (Wissensökonomie) kontraproduktive Organisationsformen. Feste Arbeitsregeln, der 8-Studentag, Standortbindungen usw. sind Rahmenbedingungen, die sich in der Wissensgesellschaft tendenziell auflösen. So verlangt der Umbruch z.B. eine „kleinere Stückelung“ der Erwerbsarbeit, Teilzeitarbeit, geringfügig Beschäftigte, Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Vor diesem Hintergrund ist ei-

ne durchgreifende Verminderung der gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme ist nicht – wie im alten Industriesystem - durch Umverteilung von Arbeit sondern nur durch die Aktivierung der kreativen, innovativen, im umfassenden Sinne unternehmerischen Kräfte, durch Eigeninitiative und Selbstverantwortung möglich. In diesen Systemen gehört Innovation zum alltäglichen Bestandteil der Wissensarbeit, d.h. Wissen und sein Output, die Wissens- und Informationsgüter werden einer beständigen Revision unterworfen.

- Ein solches dynamisches System der Wissensarbeit und des Lernens setzt eine nachhaltige Veränderung der Schul- und Hochschul- sowie der beruflichen Bildung voraus. Bildungsziele sind nicht länger möglichst perfekte „Kopisten“ vorgegebener Blaupausen, also Arbeitskräfte für standardisierte Tätigkeiten (die werden auch benötigt), sondern unternehmerisch und eigenverantwortlich handelnde Menschen mit überdurchschnittlich kreativen, wissenschaftlichen, praktischen und künstlerischen Fähigkeiten. Das Ideal einer möglichst einheitliche Bildung für alle weicht einer neuen Fortschrittssicht, in der neben der Förderung der Schwachen auch Leistungseliten zu schaffen sind, die sich an die Spitze des sozioökonomischen Wandels stellen können. Es zerbricht auch das Bild vom Wissenschaftler, der in seinem Elfebeinturm die Freiheit von Forschung und Lehre verteidigt und neue Ideen produziert. Die Wissenschaft bewegt sich heute vielmehr auf Marktplätzen, wo überzeugende Innovationen gehandelt werden. Und dies wiederum wird nur funktionieren, wenn die Bildungsorganisationen selbst lernfähig werden und sich dem Wettbewerb stellen. Es ist sicher kein Zufall, dass in ganz Europa private Universitäten wie Pilze aus dem Boden schießen, die sich darauf spezialisiert haben, eine sehr enge Verbindung zwischen der Lehre und den differenzierten Anforderungen der Wissensarbeit herzustellen und Eliten auf wichtigen Spezialfeldern der Wissensgesellschaft auszubilden. Sie durchbrechen das Monopol der standardisierten staatlich kontrollierten und finanzierten Ausbildung, sowie das Bild von einer gleichen Bildung.
- Es wird damit auch klar, dass der Fortschritt in der wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft Nebenwirkungen erzeugt. Er setzt zwar neue Wachstumskräfte frei, schafft aber gleichzeitig neue sehr spezifische Ungleichheiten, die sich festmachen an einer ungleichen Innovationskompetenz, d.h. einer ungleichen Verteilung von Fähigkeiten zu Lernen und Wissensarbeit auszuüben. Dies führt zu einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen und darüber hinaus zu neuen räumlichen Disparitäten zwischen Gebieten, die Zentren der Wissensarbeit in globalen Netzwerken sind und solchen, die unter „brain drain“ leiden und sich von den Innovationsregionen immer weiter abkoppeln (Residualregionen). Wie wir mit diesem Problem umgehen sollten, wissen wir noch nicht. Die „klassische“ Methode sozial ausgleichender Finanztransfers mag zwar den Lebensunterhalt der benachteiligten Bevölkerung sichern, und Investi-

3. Fortschritt als grundlegende Erneuerung der tragenden sozialen Infrastruktursysteme

Hier kann nur beispielhaft und in Stichpunkten angedeutet werden, was der Wandel zur Wissensgesellschaft innerhalb der sich globalisierenden Beziehungen für die nationalen Infrastruktursysteme der sozialen Sicherung bedeutet. Generell ist auffallend, dass im globalen Wettbewerb die traditionellen staatlichen Monopole der Krankenversorgung, der Alterssicherung und auch der Absicherung in Zeiten der Arbeitslosigkeit wegen Überforderung zerbrechen und globale private Anbieter Teile dieser Leistungen an sich ziehen:

- War die Grundidee der nationalen Solidargemeinschaften Lebensrisiken, wie Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersversorgung in Zwangsversicherungssystemen zu regeln, um die destruktiven Folgen des Kapitalismus zu begrenzen, lassen sich diese Systeme auf die sich ausdifferenzierenden Lebensverhältnisse in der Wissensgesellschaft kaum mehr anwenden. Wer arbeitet heute schon 45 Jahre in einem Erwerbsarbeitsverhältnis? Es ist auffallend, dass die kollektiven nationalen Sozial- und Gesundheitsversicherungssysteme in einer tiefen Finanzierungs Krise stecken, während die betrieblichen und privaten Vorsorgesysteme (z.B. Pensionsfonds in den USA) sich großer Prosperität erfreuen und zu den mächtigsten globalen Investoren aufgestiegen sind. Anders gesagt: Soziale Sicherung wird in Zukunft vermutlich aus einem Mix von staatlicher Grundsicherung und geförderter individueller Vorsorge bestehen müssen, wobei die individuelle Vorsorge weniger aus Arbeitseinkommen (Transfers) als vielmehr Kapitaleinkommen gedeckt wird, d.h. von den unsicheren Arbeitsverhältnissen abgekoppelt werden muss. In der Wissensgesellschaft ist nicht mehr die Arbeit das Maß aller Dinge, sondern Wissen und Kapital. Prozesse der Wertschöpfung werden immer wissens- und kapitalintensiver und zugleich beschäftigungsärmer. Wir beobachten dementsprechend einen Übergang von der Solidargemeinschaft zu einer Absicherung durch Geld- und Betriebsvermögen. Dazu müsste dann allerdings auch die Vermögensbasis verbreitert werden und Ungleichheiten der Verteilung des Vermögens verringert werden (halbherziger Versuch der sog. Riester Rente).
- So merkwürdig es klingt: die bisher adäquaten Alters- und Gesundheitssicherungssysteme erschweren die Vermögensbildung wirtschaftlich schwächerer Haushalte, weil diese überproportional zu Transferleistungen herangezogen werden (Abzüge vom Einkommen). Diese Einzahlungen gehen der Vermögensbildung und damit der Teilhabe an der Wertschöpfung von Wissen und Kapital verloren, so dass es zwangsläufig zu einer weiteren Vertiefung der Gegensätze zwischen Vermögenden und Nicht-Vermögenden kommt. Der Rückzug des Staates und der Abbau der solidarischen Sicherungssysteme sind also

nicht einfach Sozialabbau und kalter Neo-Liberalismus, sondern eine Grundbedingung für Fortschritte bei der Erneuerung der Sicherungssysteme. Wie könnte die soziale Infrastruktur eines neuen Sicherungssystems aussehen? Man kann sich dies am besten klar machen, wenn man den Gutscharakter der sozialen Leistungen betrachtet: Waren in der Vergangenheit Sozialleistungen uneingeschränkt Kollektivgüter, die von staatlichen Agenturen verteilt wurden, sind es heute häufig private Güter, die aber einer rechtlich abgesicherten Bindung unterliegen, z.B. breite Vermögensbildung (Riester Rente), die nur in Kooperation von privaten und öffentlichen Akteuren geschaffen werden kann. Es entstehen Hybrid-Strukturen zwischen privaten und öffentlichen Gütern und neue Formen von Public-Private-Partnership in den Sozialsystemen. Die privaten Akteure nutzen und vermehren die Mittel nach privatwirtschaftlichen Prinzipien. Die staatliche Seite sorgt für Risikoabsicherung und gerechte Verteilung der Überschüsse.

3. Fortschritt als Erneuerung gesellschaftlicher Leitbilder

Es fällt schwer, diesen sozioökonomischen Fortschritt der Wissensgesellschaft zu antizipieren, weil wir in unserem gesamten Denken noch von den Mechanismen der Industriegesellschaft durchdrungen sind. Die kulturelle Herausforderung ist also, das Zusammenbrechen unseres industriegesellschaftlichen Wertesystems zu verarbeiten und durch einen neuen Wertekanon zu ersetzen. Der Wandel setzt Fortschritt sowohl bei den individuellen Sicht- und Verhaltensweisen als auch bei den kollektiven Leitbildern vor allem in den Bereichen Erwerbsarbeit, Daseinsvorsorge aber auch Umweltverhalten voraus. In der arbeitnehmerzentrierten „sozialen Marktwirtschaft“ erwartet die große Mehrheit der Erwerbsbevölkerung, dass Arbeitgeber ihre Arbeitskraft organisieren und ihr Erwerbseinkommen garantieren und der Staat (Solidargemeinschaft) bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und im Alter Lebensstandard sichernd eingreift. Innerhalb dieses Wohlfahrtssystems konnten sich Werthaltungen herausbilden, die man mit *diffuser Risikoscheu* umschreiben kann. In der Wissensgesellschaft trägt diese Fortschrittsbeschreibung nicht mehr.

- Eine erste wichtige Erkenntnis ist, dass die Probleme der Gesellschaft nicht technisch zu lösen sind, sondern Fortschritt sich nur durch das Anstoßen gesellschaftlich politischer Lernprozesse einstellt. Hierfür sind kulturell normative Voraussetzungen erforderlich wie Partizipation, Teilhabe, Selbsthilfe usw. Solche Bürgertugenden werden angesichts der Krise des Sozialstaats immer wichtiger. Anstelle auf Dritte, wie den Staat und andere Organisationen der Wohlfahrtsvorsorge zu schauen, ist Bereitschaft erforderlich, sich auf neue Aushandlungsmechanismen mit traditioneller Politik, Zivilgesellschaft, Unternehmen und anderen Akteuren von der kommunalen bis zur globalen Ebene einzulassen. (erweiterte Basis der gesellschaftlichen Willensbildung durch NGOs, informelle Allianzen zweckgebundene Bündnisse). Kompromissbereitschaft ist eine weitere Tugend, um zwi-

schen den gegensätzlichen Anforderungen unterschiedlicher Interessengruppen zu vermitteln. In der Wissensgesellschaft lässt sich schwerlich die Vision vermitteln, es gäbe einen Königsweg zu einem besseren System und Leben.

- Eine zweite Erkenntnis ist, dass Fortschritt nicht die Pflege der im System der Risikoabsicherung geborenen diffusen Risikoscheu bedeutet, sondern einen Wertewandel beinhaltet zu mehr Risikobereitschaft, individueller Eigeninitiative und Selbstverantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Kreativität, Entdeckergeist, Innovationsbereitschaft und Reflexivität sind neue Leitbegriffe für den Fortschritt der Wissensgesellschaft. Das Leitbild des in der Wohlfahrtsgesellschaft kollektiv versorgten Arbeitnehmers wird durch ein Leitbild des in der Gemeinschaft selbstverantwortlich handelnden Menschen, der Initiative und Verantwortung für sich selbst und sein Umfeld übernimmt, ersetzt.
- Auch im staatlichem Handeln lässt sich der Wertewandel nachvollziehen. Er zeigt sich im Preisgeben des Bildes vom allumfassenden steuernden und Wohlfahrt absichernden Staat. Neue Leitbilder sind z.B. der „enabling state“, der nicht alles selbst regelt, sondern individuelle Handlungs- und Gestaltungsspielräumen absichert und sich auf das beschränkt, was unerlässlich ist für die Erhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Sicherung sozialer Mindeststandards ist.